

Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen

SPD-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer 199
Tel.: 0551-400 2290, Fax: 0551-400 2060
E-Mail spd-fraktion@goettingen.de

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer 130
Tel.: 0551-400 2785, Fax: 0551-400 2904
E-Mail grueneratsfraktion@goettingen.de

Antrag zur

19. Sitzung (außerordentlich) des Rates der Stadt Göttingen
am 18. März 2009

STADT GÖTTINGEN
09. März 2009

Göttingen, 06. März 2009

Resolution für den Rat am 18. März 2009

An Gesamtschulen das Abitur in 13 Jahren belassen

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen fordert die Landesregierung eindringlich dazu auf, die Vergabe des Abiturs an Gesamtschulen bei 13 Jahren zu belassen anstatt es auf 12 Jahre herunterzusetzen. Das Abitur an Gesamtschulen nach 13 Jahren wird insbesondere in Göttingen mit seinen zwei Gesamtschulen als sehr bedeutend erachtet.

Die Verwaltung wird beauftragt, sich bei der Landesregierung massiv für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes einzusetzen.

Begründung:

Das Abitur nach 12 Jahren (auch achtjähriges Gymnasium oder G8 genannt) bedeutet letztendlich die Zerschlagung der Gesamtschulen, da sie dem Grundgedanken dieser Schulform diametral widerspricht. Lernen ohne Angst, bei dem die schwächeren Schülerinnen und Schüler sich an den stärkeren orientieren können, wird unter den Bedingungen des Turbo-Abiturs auch an den Gesamtschulen nicht mehr realisierbar. Für die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler wird der Zeitfaktor für ihre Lernaktivitäten bestimmend, die anderen werden abgehängt. Das Prinzip des gemeinsamen Lernens wird durch die dann nötige spezielle Förderung der Kinder die das Abitur anstreben – also durch mehr Differenzierung – mehr und mehr ausgehebelt und die Möglichkeiten der individuellen Förderung somit weiter eingeschränkt. Eine solche Entwicklung bedeutet für alle Schülerinnen und Schüler nur Nachteile. Die Entscheidung für einen Abschluss muss unter den Bedingungen wie sie jetzt die Landesregierung vorgeben versucht, bereits im Alter von 10 Jahren getroffen werden. Damit wird der Schulweg der Kinder schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt vorherbestimmt. Der Weg zum Abitur muss aber länger offen gehalten werden.

Nach dem Modell der Landesregierung werden auch Schüler aus Haupt- und Realschulen benachteiligt, da sie nach Erweitertem Realschulabschluss nicht mehr die Möglichkeit haben, weiterführend auf Gymnasien oder Gesamtschulen zu gehen. Stattdessen sollen sie auf berufsbildenden Schulen Abitur machen.

Die Einführung des „Turbo Abiturs“ nun auch an den Gesamtschulen nimmt den Eltern zudem die Möglichkeit, für ihre Kinder auch einen weniger stressigen Weg zum Abitur zu wählen, den die Gesamtschulen derzeit noch bieten.

Diese genannten Vorteile der Integrierten Gesamtschule müssen dringend erhalten werden.

Es steht zu befürchten, dass die Landesregierung durch diese Maßnahme lediglich den Zulauf zu den von ihr wenig geliebten Gesamtschulen zu verringern versucht. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Landesregierung und den Lehrkräften ist bereits nachhaltig gestört, wozu auch diese Maßnahme beiträgt. Überall im Lande gibt es massive Proteste von Schulleitungen, Lehrern und auch Eltern. Die Landesregierung kann sich diesen zu Recht heftigen Protesten nicht entziehen und muss darauf entsprechend reagieren und dafür sorgen, das Abitur an Gesamtschulen weiterhin erst nach 13 Jahren zu vergeben.

